

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

345 (28.7.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Mittwoch, 28. Juli.

Mittagblatt.

N^o 345.

1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Sorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 75 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Japans Protest gegen die Annexion Hawaiis.

(Telegramm.)
* New-York, 27. Juli. Die im Auszuge nach dem „New-York Herald“ gemeldete Antwortnote Japans vom 16./7. auf die Erwiderung, welche Staatssekretär Sherman der Protestnote Japans gegen die Einverleibung Hawaiis zu theil werden ließ, lautet in der von dem Blatte veröffentlichten ausführlichen, den Auszug theilweise berichtenden Fassung wie folgt: Der japanische Minister gesteht den vorherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten in Hawaii zu und folgert daraus, daß diese Vorherrschaft den Vereinigten Staaten und Hawaii die vollste Garantie gegen irgend welche Feindseligkeit bietet, daher aber auch eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu Ungunsten der Interessen anderer Völker überflüssig macht. Mit Bezug auf die Behauptung Sherman's, daß keine der beteiligten Mächte im Jahre 1893, als die Annexion der Insel geplant war, die Aufrechterhaltung des Status quo verlangt habe, bemerkt die Antwortnote: Japan glaube nicht, daß seine damalige Haltung als zustimmend betrachtet werden könne, jedenfalls ist eine Zustimmung infolge der inzwischen veränderten Verhältnisse und der Steigerung der japanischen Interessen für Japan jetzt unmöglich. Die Politik der kolonialen Erwerbungen ist im Stillen Ocean in dem im Jahre 1892 schließenden Jahrzehnt besonders lebhaft betrieben worden. In gemeinschaftlicher Uebereinstimmung haben sich die Mächte in der letzten Zeit geneigt gezeigt, sich derselben zu enthalten und die internationale Rivalität sowie die einander entgegenstehenden Interessen bieten heute die allerbeste Garantie für die Fortdauer der Selbstständigkeit der übrig gebliebenen Gruppen. Die Einverleibung Hawaiis durch die Vereinigten Staaten würde jedoch zweifellos das Signal für das Wiedererwachen des schlummernden Strebens nach Gebietsvermehrung sein und dadurch die japanischen Interessen im Stillen Ocean gefährden. Japan kann nicht mit Gleichgültigkeit auf Veränderungen blicken, wodurch die Rechte Japans zerstört würden. Es hat nicht die Absicht, die heute bestehende Situation im Stillen Ocean in Frage zu stellen. Allein Japans Lage macht es ihm unmöglich, ohne Befürchtung oder mit Gleichmuth den Folgen entgegenzublicken, welche das Erlöschen der hawaiischen Selbstständigkeit wahrscheinlich haben müßte. Die Anwendung des Zollgesetzes und anderer Geetze der Vereinigten Staaten müßte die japanischen Interessen schädigen. Keine Aenderung in der Regierung Hawaiis kann letzteres im geringsten von der Verbindlichkeit befreien, welche Hawaii den japanischen Ansprüchen aus einer Verletzung des japanisch-hawaiischen Vertrags übernommen hat.

Die Friedensverhandlungen.

* Ueber den Fortgang der Friedensunterhandlungen laufen augenblicklich die verschiedensten Meldungen durch die Presse. Wichtig an ihnen dürfte sein, daß die Verhandlungen seit einigen Tagen ein schnelleres und erfolgversprechenderes Aussehen angenommen haben. Die Grenzfrage ist bis auf Feststellung technischer Einzelheiten, die an Ort und Stelle geregelt werden sollen, erledigt und auch die Frage der Kriegsschadigung ist dahin entschieden worden, daß den Türken etwa vier Millionen türkische Pfund zugewilligt werden. Dagegen herrscht noch keine Uebereinstimmung über die Art der Geldbeschaffung. Der Standpunkt mehrerer Mächte, unter ihnen auch Deutschlands, geht nun, wie der „Köln. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, dahin, daß die Räumung Thessaliens nicht eher verlangt werden kann, als bis die Kriegsschuld beglichen oder in unanfechtbarer Weise verbürgt ist. Bei der heutigen Finanzlage Griechenlands scheint es ganz ausgeschlossen, daß es eine die sofortige Abzahlung gestattende Anleihe aufbringen kann. Diese würde nur durch eine Bürgschaft der Mächte ermöglicht werden können, und daß dazu, zum mindesten in den konstitutionell regierten Staaten, wenig Neigung vorhanden, ist wohl außer Zweifel. Für Deutschland und den deutschen Reichstag die Frage stellen, heißt, sie verneinen. Scheint also die Begleichung der Kriegsschuld in einer Zahlung ausgeschlossen, so müssen für die Theilzahlungen Bürgschaften geboten werden, die nach der Auffassung eines Theils der Mächte, darunter Deutschland, nur in einer internationalen staatlichen Kontrolle zu finden sind. Niemand kann der Türkei zumuthen, daß sie auf griechische Zahlungsverpflichtungen hin ihr Pfand Thessaliens aus der Hand geben soll. Sollte eine solche Bestimmung, die in irgend einer, aber einer ganz unanfechtbaren Weise, die Zahlungen an die Türkei verbürgt, nicht in den Friedensvertrag aufgenommen werden, so dürfte es wohl fraglich werden, ob die deutsche Regierung

glauben wird, dem Sultan die Annahme eines Vertrages empfehlen zu können, dessen Durchführung von griechischer Seite mehr als unwahrscheinlich ist.

(Telegramm.)
* Berlin, 28. Juli. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Die neuesten Mittheilungen aus Konstantinopel lassen erkennen, daß Deutschland es ablehnt, den Sultan zur Räumung Thessaliens zu drängen, so lange nicht die tatsächliche Leistung der von den Mächten festgesetzten Kriegsschadigung wirklich zugesichert wird. Daß das Berliner Kabinett durch eine Sonderstellung den Gang der Ereignisse aufzuhalten beabsichtigt, ist nicht anzunehmen, denn Europa als Ganzes gedacht, ist auch ohne Deutschland stark genug, den Sultan zu allem zwingen zu können. Das Berliner Kabinett verwahrt sich durch seine Haltung gegen den späteren Vorwurf, den Sultan zur Aufgabe Thessaliens als Unterpfand bewegen zu haben durch Vorpiegelungen, deren rein illusorischer Charakter bereits feststand, als sie gemacht wurden.

* Berlin, 28. Juli. Gegenüber einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ über die Stellungnahme der Botschafter in Konstantinopel zu der Frage der Tilgungsweise der Kriegskosten entschädigung durch Griechenland schreibt die „Nationalzeitung“: An hiesiger unterrichteter Stelle ist nichts davon bekannt, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel die ratenweise Zahlung der Kriegsschadigung vorgeschlagen habe. Es erscheint dagegen allerdings kaum zweifelhaft, daß der deutsche Vertreter an der Spitze derjenigen Botschaftergruppe steht, die in der Schaffung der europäischen Kontrolle das einzige Mittel sieht, von dem eine befriedigende Lösung der finanziellen Schwierigkeiten erhofft werden kann.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 27. Juli. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen königlichen Erlaß, wodurch die Ausübung der gesandtschaftspolizeilichen Aufsicht über die Provinzialanstalten und die Schulaufsicht über die Provinzialzwangserziehungsanstalten dem Geschäftsträger des Oberpräsidenten überwiesen wird.

* Berlin, 27. Juli. Die hiesige Chilenische Gesandtschaft hat von ihrer Regierung folgendes Telegramm erhalten: Santiago, 26. Juli. Der Ausgabebetrag des laufenden und nächsten Finanzjahres wird aus den ordentlichen Einnahmen reichlich gedeckt werden. Die Maßnahmen, die von der Regierung und dem Kongreß angenommen sind, haben die Aufrechterhaltung und Durchführung des Metallgeldumlaufes durchaus sichergestellt. Der Kongreß hat fast einstimmig eine Resolution gefaßt, die erklärt, daß das öffentliche Vertrauen und die Wohlfahrt der Nation aufs engste mit der Aufrechterhaltung und Kräftigung der Metallwährung verknüpft seien.

* Holtzman, 27. Juli. Der König von Siam passirte heute Mittag die hiesige Schleuse auf der Fahrt nach Hamburg. Der stellvertretende Stationschef, Contre-Admiral Odeko, und der Siamesische Konsul in Hamburg, Pickenpack, begrüßten den König. Der Konsul Pickenpack geleitete ihn nach Hamburg.

* Wien, 27. Juli. In Karlsbad wurde vorgestern das „Karlsbader Baderblatt“ wegen Abdrucks der Entschließung der Egerer Handelskammer gleichzeitig mit dem „Karlsbader Tageblatt“ beschlagnahmt. Da jedoch die Stadt ihre Polizei nicht zur Verfügung stellte und der eine der Bezirkshauptmannschaft zugetheilte Beamte den Auftrag nicht ausführen konnte, lagen die Blätter in den öffentlichen Lokalen auf. Erst am nächsten Tag erfuhr das Baderpublikum aus den diesbezüglichen Mittheilungen der Blätter von der Beschlagnahme.

* Wien, 27. Juli. Die österreichischen Staatsbahnen haben im Monat Juni eine Einnahme von 8 734 428 fl. erzielt, welche gegenüber dem entsprechenden Monate des Vorjahres eine Steigerung um 570 274 fl. bildet. Für das erste Semester ergibt sich eine Bruttoeinnahme von 47 214 573 fl. und im Vergleich mit dem Vorjahre eine Mehreinnahme von 2 864 704 fl.

* Paris, 27. Juli. Der „Temps“ bringt folgende Mittheilung: Am 18. August wird Präsident Faure Frankreich verlassen, um nach Rußland zu reisen. Felix Faure schiffte sich in Dänkirchen an Bord des Dampfers „Pothuan“ ein, der von den Dampfern „Bruiz“ und „Surcouf“ bis zum Hafen von Kronstadt geleitet werden wird. Zuerst sollte die Reise an Bord des „Dupuy de Lome“ gemacht werden, aber dieses Schiff hat einen Tiefgang von 7,50 m, so daß es schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen wäre, es in die Rheide von Kronstadt einzuführen. Den Präsidenten werden begleiten der Minister des Meubers, Hanotaux, Admiral Bovis, General Boisdeffre, der Kabinettsdirektor der Präsidialkanzlei, Le Gallé, der Privatsekretär Blondel, General Hagron, Generalsekretär der Präsident-

schaft; ferner vier Offiziere des militärischen Hauses des Präsidenten. Außerdem werden Boisdeffre und Bovis von je einem Ordonnanzoffizier begleitet.

* Paris, 27. Juli. Der Minister des Auswärtigen, Hanotaux, hatte heute eine Unterredung mit dem Botschafter Cambon, welcher sich demnach auf seinen Posten nach Konstantinopel begeben wird.

* Lens (Pas de Calais), 27. Juli. Infolge der Streitigkeiten, welche gestern in einer Mine in Drocourt zwischen belgischen und französischen Arbeitern entstanden waren, sind die Arbeiter dieser Mine, deren Zahl 1200 beträgt, heute früh nicht zur Arbeit erschienen. In Drocourt herrscht vollständige Ruhe.

* London, 28. Juli. Im Unterhause erklärte Unterstaatssekretär Curzon, die Regierung habe in Madrid gegen die Verschiffung ausgewiesener Anarchisten nach Liverpool protestirt. Die spanische Regierung habe ihr Bedauern ausgedrückt und versprochen, daß keine mehr gesandt werden sollen.

* London, 28. Juli. Im Unterhause stellte der Erste Lord der Admiralität, Goschen, den Antrag, die bereits bewilligten Schiffsbauten für Indien zu beschleunigen und außerdem einen Nachtragkredit von 1/2 Mill. Pfund zu bewilligen.

* Simla, 28. Juli. An dem Angriff auf das englische Lager bei Malakand waren 1000 Eingeborene theilhaftig. Die Garnison von Malakand wird schnellig verstärkt werden.

Verschiedenes.

† Berlin, 28. Juli. (Telegr.) Wie nunmehr amtlich festgestellt ist, handelt es sich bei der gestrigen Explosion am Potsdamer Bahnhof lediglich um eine Folge von 600 Stück sogenannter Radfahrerschereffische, die ein hiesiger Kaufmann an ein Radgeschäft in Hagen l. W. sandte.

† Bremen, 27. Juli. (Telegr.) Gestern Abend 7 1/2 Uhr brach in den Mühlenwerthen von Erling, die in unmittelbarer Nähe des Freihafens gelegen sind, Großfeuer aus, das die Getreidemühlen, sowie zwei Nachbarhäuser vollständig zerstörte. Personen sind nicht verunglückt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

† Saderleben, 27. Juli. (Telegr.) Auf dem Wege von Heils nach hier wurde ein Handwerker durch einen Mord ermordet aufgefunden. Als der That dringend verdächtig ist sein Knecht gefaßt und hier eingeliefert worden.

† Köln, 27. Juli. (Telegr.) Anlässlich der gestrigen Beerdigung eines Opfers der kalten Fleischvergiftung kam es zu Ausschreitungen der erregten Menge gegen die Familie des Metzgers, so daß ein Polizeiaufgebot das Haus umstellte und die Menge zurückdrängen mußte. Mehrere Fenster des Metzgerhauses wurden eingeworfen. Auf Anordnung des Staatsanwalts wurde der Metzgermeister verhaftet.

† Frankfurt a. M., 27. Juli. (Telegr.) Der Direktor der hiesigen Wähler-Schule, Dr. Kofegarn, ist am Sonntag Abend in Interlaken in einem Alter von 60 Jahren plötzlich verstorben.

† Paris, 27. Juli. (Telegr.) In Sedan sollte am 8. August die Enthüllung des Denkmals zum Andenken an die gefallenen französischen Krieger stattfinden. Das Ministerium hat beschlossen, sich bei dieser Feier nicht vertreten zu lassen. Die Mairie von Sedan spricht in einem Aufruf an die Bevölkerung ihr Bedauern über diese ablehnende Haltung der Regierung aus und theilt mit, daß die Feierlichkeit nicht stattfinden werde.

† Paris, 27. Juli. (Telegr.) Baron Macau, der bekannte Abgeordnete, soll wegen des Bazarbrandes in der „Rue Jean Guion“ gerichtlich verfolgt werden.

† Paris, 28. Juli. (Telegr.) Der Olympische Kongreß in Gahre, der die physische Erziehung und Ausbildung der Jugend und die Pflege des Sports zum Zwecke hat, sprach sich gestern für die Vereinigung der Turner mit athletischen Uebungen aus. Am Nachmittag wurden die fremden Vertreter von dem Präsidenten Faure in seiner Villa bei Gahre empfangen. Am Abend fand zu Ehren des Kongresses ein venetianisches Fest statt.

† Vortici, 28. Juli. (Telegr.) Vom Vesuv wird eine große Bewegung der Lavamassen gemeldet. Der Krater wirft große Mengen Asche aus.

† Madrid, 28. Juli. (Telegr.) Auf dem Bahnhof von Arcabilla wurden bei einem Zusammenstoß zweier Züge 13 Personen verletzt.

† Philippopol, 27. Juli. (Telegr.) Prozeß Boitschew. Staatsanwalt Bernlo beantragte gegen Novelic und Wafiljew Todesstrafe wegen vorsätzlichen Mordes. Als erschwerender Umstand gelte für Novelic seine Stellung als Chef der Sicherheitspolizei, als mildernder Umstand für Wafiljew dessen Stellung als Untergeordneter gegenüber dem Auftreten des Novelic. Unterstaatsanwalt Radtschew betrachtet Nicola Boitschew als des Mordes nicht schuldig und entwickelt die Gründe für die volle Schuld des Mitmeisters Pettscho Boitschew. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen.

† Philippopol, 28. Juli. (Telegr.) Im Prozesse Boitschew beantragte der Viceprokurator die Verurtheilung des Angeklagten Mitmeister Boitschew wegen vorsätzlichen Mordes unter erschwerenden Umständen und die Verurtheilung des Nicola Boitschew wegen Theilnahme und Verschlebung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Hierauf sprachen die beiden Vertreter der Privatkläger und erklärten, daß die ganze Verantwortung den Mitmeister Boitschew treffe. Um 10 Uhr Abends beginnt der Bertheiliger Boitschew sein Plaidoyer. Um 10 Uhr wird die Sitzung aufgehoben.

Verantwortlicher Redakteur:
(In Vertretung von Julius Kay) Adolf Kersting in Karlsruhe.

